



ZUSAMMENFASSUNG DER ANTWORT

auf die Interpellation von Grossrätin (Suppl.) Francine Zufferey Molina (PS/AdG) betreffend: Welche Massnahmen ergreift der Kanton zur Reduktion der Klimaerwärmung, des Gletschweschwunds usw.? (12.03.2008) (5.088)

Seit dem Inkrafttreten der Gesetzgebung über den Umweltschutz hat der Staatsrat Massnahmen getroffen, um in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Belastungen und Beeinträchtigungen auf die natürliche und bebaute Umwelt zu verringern. In diesem Zusammenhang sind für die in der Interpellation verschiedenen aufgeführten Bereiche Massnahmen festgelegt oder geplant worden.

Die Erscheinung des Klimawandels steht in Verbindung mit einer weltweiten, globalen Entwicklung. Da Interventionen vor Ort unrealistisch sind, muss man sich darauf beschränken, insbesondere die Entwicklung der Gletscher und des Permafrosts aufmerksam zu verfolgen und die Massnahmen zur Bewältigung der negativen Folgen zu treffen. Die Hauptursache für die gravitativen Naturgefahren in den Bergen liegt in der Klimaerwärmung, die den Permafrost schwinden lässt. Die sensiblen Standorte werden im Rahmen eines grenzüberschreitenden Studienprogramms erfasst. Zurzeit werden Naturgefahrenkarten im Bereich der Lawinen für die Gesamtheit des Kantons und zu 80% im Bereich Hochwasser und geologische Gefahren erstellt. Das Wallis ist Pionier im Bereich der Vorbeugung gegen Naturgefahren mit seinen Forschungsprogrammen und Hochwasserprognosen, Studien betreffend Felsstürze sowie Beobachtungssystemen für Lawinen und Hochwasser in Einzugsgebieten.

Das Angebot im öffentlichen Verkehr ist auf der Ebene der Netze, der Bahnhöfe und des Rollmaterials markant verbessert worden. Grosse Infrastrukturinvestitionen sind gemeinsam mit dem Bund und den Transportunternehmen verwirklicht worden. Die Verbesserung des Zeitplans und der Stundentakte, einschliesslich die der Linienbusse, hat die unternommenen Anstrengungen vervollständigt.

Mit der Förderung des Minergie-Standards, der für die öffentlichen Gebäude verbindlich ist, haben auch die privaten Bauvorhaben nach diesem Standard stark zugenommen. Die Anregungen zur Aus- und Weiterbildung und Beratung sind nach wie vor intensiviert worden. Die energiequalitativen Anforderungen an die Bauten werden noch erhöht und die Kontrollen verstärkt. Eine seit 1996 laufende Aktion in den Spitälern ermöglichte, jährlich ca. 10 Millionen kWh des Energiekonsums einzusparen.

Die gegenwärtigen Anstrengungen im Bereich der Naturgefahren sind nach wie vor fortzusetzen, zu verstärken und zu diversifizieren. Der Staatsrat verpflichtet sich, mit Hilfe des Grossen Rates und der Bevölkerung dieses Ziel zu verfolgen.